Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 332. **Donnerstag** den 28. November 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In Folge vielfacher an uns gelangter Beschwerden über Belästigung der Nachbarschaft durch die Anwendung von Dampfpfeifen sehen wir uns veranlaßt, Folgendes anzuordnen:

Dampfpfeifen von Gewerbebetrieben, Fabriken innerhalb der bewohnten Ortstheile sind auf die mindestnöthige Lautstärke zu beschränken und, wo sie durch andere Signale ersetzt werden können, auf Verlangen des Rathes zu entfernen.

Zuwiderhandlungen sind mit Geld bis zu 150 ℳ oder mit Haft bis zu 14 Tagen zu bestrafen.

Leipzig, den 23. November 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.

V. 6153. Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 5. September d. Jrs., den Schlosser

Gustav Adolf Krause

betreffend, da derselbe sich gestellt hat.

Leipzig, am 25. November 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)

A. R. I, 2230. Ludwig-Wolf. Werner.

Holzversteigerung.

Nächsten Sonnabend, den 30. d. M., sollen von Vormittag 8 Uhr an auf dem Bayerischen Bahnhof hier im Zimmerhof und hierauf am südlichen Ende des Anlageplatzes eine Partie **alte Eisenbahnschwellen und Holzabfälle** meistbietend gegen sofortige baare Zahlung und unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Leipzig, den 27. November 1889.

K. Abth.-Ing.-Bureau I.

Der gegen den Dienstknecht **Hermann Wilhelm Geppert**, geboren zu Arenshain, Kreis Luckau, unterm 16. September 1889 erlassene Steckbrief hat sich erledigt.

Altern, den 22. November 1889.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Geschäftsreisende einer hiesigen Firma (für Strickgarne und Wollstoffe) **Robert Krah** aus Altenkirchen bei Neuwied wird seit dem 16. November cr. vermißt. Am Abend dieses Tages ist er zuletzt in betrunkenem Zustande in einer in der Reichsstraße zu Leipzig belegenen Weinstube in Gesellschaft zweier weiblichen Personen gesehen worden.

Da p. Krah seine sämmtlichen Reiseeffecten und einen großen Theil seiner Baarschaft in seinem Leipziger Absteigequartier zurückgelassen hat, so wird vermuthet, daß demselben ein Unglück zugestoßen oder daß er das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Angaben, welche zur Ermittelung des Vermißten dienen können, wolle man an die Polizei-Direction zu Leipzig oder die unterzeichnete Polizeiverwaltung gelangen lassen.

Langensalza, den 26. November 1889.

Die Polizei-Verwaltung.
Wiebeck.

Personen-Beschreibung.

Vorname: Robert, Zuname: Krah, Gewerbe: Geschäftsreisender, Geburtsort: Altenkirchen bei Neuwied, Wohnort: Langensalza, Alter: ca. 27 bis 28 Jahre, Größe: Mittelgröße, Haare: blond, fortgeschoren, Stirn: hoch, Augenbrauen: blond, Augen: grau, Nase: gewöhnlich, Bart: Schnurrbart und kurzer Backenbart (Coteletten), Zähne: gut, Kinn: glatt rasirt, Gesichtsbildung: voll, Gesichtsfarbe: gesund, Gestalt: gedrungen, Sprache: deutsch, Besondere Kennzeichen: hat an einem Fuß nur 4 Zehen, die Pupille des linken Auges ist kleiner als die des rechten, trägt abwechselnd Brille oder Kneifer.

Die Colonialpolitik und der Reichstag.

Der Abgeordnete Richter hat seine Angriffe gegen die deutsche Colonialpolitik in ein System gebracht, welches darauf hinausläuft, zu beweisen, daß der Hauptzweck der deutschen Colonien sei, einige überseeische Firmen mit dem Gelde der Steuerzahler zu unterstützen, den Branntweinhandel mit den Eingeborenen zu fördern und uns in Verwickelungen mit dem Auslande zu bringen, welche Kosten verursachen und das Ansehen Deutschlands schädigen. In diesem Sinne stellt er die Behauptung auf, daß im Niger-Benuegebiet die deutschen Interessen gegenüber den englischen benachtheiligt sind, ferner bemängelt er das staatsrechtliche Verhältniß von Witu zum deutschen Reiche und erklärt, daß die deutsche Herrschaft in diesem Lande in der Luft schwebe. Endlich verlangt er, daß auf den Spiritushandel in den Colonien ein hoher Zoll gelegt werde und daß die Localetats von Kamerun, Togo und Südwestafrika im nächsten Jahre dem Hause zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Alle diese Bemerkungen zeugen von einem tiefen Uebelwollen gegen die gesammte Colonialpolitik, es wird darin mit größtem Eifer Alles hervorgehoben, was Unzufriedenheit zu erregen geeignet ist; die Sache wird so dargestellt, als ob das Geld für die Ausübung der Schutzherrschaft in den deutschen Colonien einfach zum Fenster hinausgeworfen sei und als ob nur die deutschfreisinnige Partei den Muth habe, diese Dinge öffentlich zur Sprache zu bringen. Die unmittelbare Wirkung dieser parlamentarischen Taktik ist zwar gleich Null, denn die betreffenden Budgetposten werden trotz aller Richter'schen Reden mit großer Mehrheit bewilligt, aber das ist auch nicht der Zweck der Reden. Sie sind lediglich dazu bestimmt, im Lande gelesen zu werden und gegen die Colonialpolitik der Regierung Stimmung zu machen.

Herr v. Bennigsen hat die wirksamste Form der Antwort auf dieses Treiben gefunden, indem er sagte: man werde es im Lande nicht verstehen, wenn von Abgeordneten die Rechte fremder Gesellschaften wahrgenommen würden, zumal da der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die Wahrung ihrer Rechte verlangt werde. Herr Richter wolle, daß die Regierung die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft auf Grund der Congoacte an der Erhebung von Zöllen verhindere, die Gesellschaft habe aber die Zölle vom Sultan von Zanzibar gepachtet, sei also an die Congoacte nicht gebunden. Die Antwort Bennigsen's war um so wichtiger, weil sie noch eine Erwiderung Richter's zur Folge hatte, welche sein tendenziöses Verfahren noch schärfer hervortreten ließ. Richter sagte nämlich: Die ostafrikanische Gesellschaft habe die Zölle gepachtet und sei verpflichtet gewesen, sie herabzusetzen, denn der Vertrag mit dem Sultan von Zanzibar sei durch Vermittelung des deutschen Generalconsuls abgeschlossen und die Flotte habe vor Zanzibar demonstrirt, es sei also vom Reich ein Druck ausgeübt worden.

Dadurch ist die Behauptung Bennigsen's nicht widerlegt, aber es ist die Meinung erweckt worden, daß die Reichsregierung sich an internationale Abmachungen, die wesentlich auf ihre Anregung zu Stande gekommen sind, selbst nicht gebunden erachte. Angenommen, Richter hätte recht, so würde man es trotzdem im Lande nicht verstehen, daß er im Reichstage eine angebliche Verletzung der Congoacte durch eine Privatgesellschaft zur Sprache bringt und die deutsche Reichsregierung der Mitschuld an dieser angeblichen Verletzung anklagt. Der Eifer, die bevorstehenden Reichstagswahlen zu Gunsten der deutschfreisinnigen Partei zu beeinflussen, hat Herrn Richter zu weit geführt, es ist einmal so recht klar geworden, wie Alles, was Herr Richter im Reichstage vorbringt, gemeint ist. Die deutschfreisinnige Partei soll als der alleinige Hort der Steuerzahler erscheinen, sogar auf Kosten der Reichsinteressen dem Auslande gegenüber.

Uebermaß schadet bekanntlich, und deshalb kommen uns die alles Maß überschreitenden Angriffe des Abgeordneten Richter gegen die deutsche Colonialpolitik sehr gelegen, um so mehr, als sie mit den glänzenden Erfolgen der Wißmann'schen Expedition zusammentreffen. Herr Richter konnte den Zeitpunct für seine Angriffe nicht leicht ungünstiger wählen. In einem Augenblicke, wo man der Ankunft Emin's und Stanley's in Bagamoyo täglich entgegensieht, wo dem Leiter der Expedition gegen die Sclavenhändler aus dem berufenen Munde Stanley's das höchste Lob gezollt wird, ist es sehr übel angebracht, die Reichsregierung der Verletzung der Congoacte anzuklagen, das staatsrechtliche Verhältniß der Witugesellschaft zu bemängeln und deswegen Verwickelungen mit dem Auslande als bevorstehend anzukündigen. Das wirkt auf die überall vorhandene Begeisterung für den Stand der deutschen Sache in Centralafrika wie ein kaltes Sturzbad, aber mit der negativen Wirkung, daß sich der Unwille gegen den Urheber des Sturzbades kehrt, ohne die Begeisterung abzukühlen. Der unbefangene Leser der Richter'schen Reden wird aus denselben keinerlei Material zur Bemängelung der deutschen Colonialpolitik herausfinden, sondern nur das Streben erkennen, an derselben herumzumäkeln, dunkle Puncte aufzusuchen und ganz nebensächliche unerhebliche Dinge zu Hauptfragen aufzubauschen.

Die öffentliche Meinung hatte ihr Urtheil über die deutsche Colonialpolitik in Afrika längst gesprochen, als Herr Richter im Reichstage auftrat, um daran Kritik zu üben, sie hatte längst erkannt, daß Wißmann seine bedeutenden Erfolge mit sehr geringen Mitteln erreicht hat, und daß sich unsere Aussichten nach der Besetzung von Mpuapua und Oeffnung der Karawanenstraße für die Wiederaufnahme des gestörten Handelsverkehrs zusehends günstiger gestalten. Unser Verhältniß zu Zanzibar läßt gegenwärtig nichts zu wünschen übrig, die Gesandtschaft des Sultans hat die angenehmsten Eindrücke aus Berlin und Friedrichsruh mit in die Heimath genommen; die Rückkehr Emin's und Stanley's eröffnet die erfreulichsten Ausblicke auf die zukünftige Entwickelung Centralafrikas. Die Sclavenhändler kommen mehr und mehr ins Gedränge, ihr Anhang in der Bevölkerung schwindet in dem Maße, wie sich die Möglichkeit erweitert, ihnen mit Erfolg die Spitze zu bieten. Die Kenntniß der Bevölkerung und des Gebietes von Centralafrika hat durch die neueste Expedition Stanley's große und wichtige Fortschritte gemacht, und die Berichte, welche aus dem Congostaate kommen, lassen erkennen, daß auch dort die Colonisirung wichtige Fortschritte gemacht hat.

Hätte Deutschland seinen Fuß nicht nach Ostafrika gesetzt, so würde sich die jetzt im Gange befindliche Entwickelung ohne unsere Mitwirkung vollziehen, die Engländer würden ihre Hand auf weite Gebiete legen, die jetzt der deutschen Thatkraft und dem deutschen Unternehmungsgeiste erschlossen sind. Gerade jetzt ist die Möglichkeit einer reichen und gedeihlichen Thätigkeit deutscher Colonialgesellschaften geboten, und das deutsche Capital wird sich diesen Unternehmungen zuwenden trotz der Schwarzmalerei der Herren Richter und Bamberger. Es zeigt sich wieder einmal, wie unzeitgemäß und thöricht die deutschfreisinnigen Parteibestrebungen sind, es läßt sich dafür kaum ein besser geeigneter Vertreter finden als der Abgeordnete Richter, der die gesammte Thätigkeit der Regierung als verfehlt darzustellen nicht müde wird.

Es gab eine Zeit, wo Herr Richter die Hoffnung hegte, daß man ihn zum Finanzminister machen würde. Das ist nun vorbei, jetzt kann er auf einen solchen Erfolg seiner parlamentarischen Thätigkeit nicht mehr rechnen. Er hat selbst alle Brücken abgebrochen, die ihm den Weg zum Ministerium hätten öffnen können. Aber ein Ziel scheint dem rührigen Parlamentarier, wenn auch unbewußt, vorzuschweben: der Todtengräber der deutschfreisinnigen Partei zu werden. Wenn er so fortfährt, wie er sich in neuester Zeit gezeigt hat, wird er dieses Ziel nicht verfehlen.

Leipzig, 28. November.

* Bei der bevorstehenden Anwesenheit des **Kaisers** in **Breslau** werden sich in Allerhöchstdessen Gefolge befinden: der Oberhofmarschall von Liebenau, der Hausmarschall Freiherr von Lyncker, der Vice-Ober-Jägermeister Freiherr von Heintze-Weißenrode, der Kammerherr Freiherr von Senden, der Flügeladjutant Major von Zitzewitz, der Leibarzt Generalarzt Professor Dr. Leuthold u. s. w. Für den persönlichen Gebrauch Seiner Majestät treffen Freitag früh Wagen und Pferde aus dem königlichen Marstall in Breslau ein.

* Ueber den **Empfang**, den das **Reichstagspräsidium** bei Ihren Majestäten dem **Kaiser** und der **Kaiserin** gefunden hat, entnehmen wir einem Berichte noch Folgendes:

Der Kaiser sah außerordentlich frisch und wohl aus, seine Gesichtsfarbe ist leicht gebräunt. Er sprach längere Zeit mit großer Lebhaftigkeit mit den drei Herren; er betonte, daß er die Reichstagsverhandlungen mit großer Aufmerksamkeit verfolge; er sprach über die diesjährige Ernte, bedauerte, daß aus dem Osten des Reiches die Mittheilungen über den Ausfall derselben weniger günstig lauteten, und erkundigte sich, wie der Ertrag der Ernte in der Heimath der Herren zu schätzen sei. Im Laufe der Unterhaltung meinte der Kaiser scherzend, auf einer Hasenjagd in der Nähe Berlins habe er jüngst einen kleinen Landwirth angesprochen, der in seiner Nähe gestanden, er habe sich auch bei ihm nach der Ernte erkundigt und beklagt, daß er im Durchschnitt nicht gute Nachrichten erhalten habe. Darauf habe aber der Angeredete gutmüthig gemeint, er, der Kaiser, möge sich das nicht zu schwer zu Herzen nehmen, die Landwirthe pflegten überhaupt immer gern zu klagen und seien selbst dann nie völlig zufrieden, wenn sie eine recht glänzende Ernte gehabt hätten. Die **Kaiserin** erzählte, wie sehr sie es als Prinzessin Wilhelm gewünscht habe, einmal einer Reichstagssitzung beizuwohnen; immer neue Schwierigkeiten und Hindernisse hätten sich aber der Verwirklichung entgegengestellt; schließlich sei aber doch ihr Wunsch erfüllt worden, und sie habe einen sehr lebendigen Eindruck von den Verhandlungen erhalten, der auch jetzt noch bei ihr völlig frisch sei. Die Kaiserin sprach sodann von der Schönheit der Reise, die sie jüngsthin zurückgelegt; sie sprach von Griechenland, von der großartigen türkischen Gastfreundschaft; namentlich erzählte sie auch von ihrem Besuche im Harem, der sie besonders lange gefesselt hätte. Der Sultan habe sie mit einer für türkische Verhältnisse fast unglaublichen Aufmerksamkeit umgeben. Die Kaiserin bezauberte die Herren durch die große Anmuth, Einfachheit und Natürlichkeit ihrer Unterhaltungsgabe; sie gönnte ihnen nahezu zwanzig Minuten, und nachdem sie dieselben entlassen hatte, rief sie noch Herrn v. Levetzow zurück, um mit ihm Vereinstagsgelegenheiten zu besprechen, an denen sie besondern Antheil nimmt.

* Am 29. November d. J. werden es 50 Jahre sein, daß der General-Feldmarschall **Graf v. Moltke** den höchsten **militairischen Orden**, den Orden pour le mérite, erhielt. König Friedrich Wilhelm III. verlieh dem damaligen Hauptmann vom Großen Generalstabe v. Moltke diese hohe Auszeichnung zum Beweise Seiner Zufriedenheit während dessen Commandos nach der Türkei, wo Hauptmann v. Moltke bekanntlich den Feldzug gegen die Egypter in Klein-Asien mitmachte, der mit der Niederlage der Türken in der von Hafiz Pascha gegen Herrn v. Moltke's Rath am 24. Juni 1839 bei Nisib geschlagenen Schlacht endigte. Der Sultan verlieh dem Hauptmann v. Moltke damals 1839 den türkischen Nischan-Iftihar-Orden (den Orden des Ruhmes) mit Brillanten.

* In den nächsten Tagen gedenkt der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Dr. v. **Rottenburg**, Chef der Reichskanzlei, wieder seinen Dienst beim Fürsten in Friedrichsruh anzutreten und sein bisheriger Stellvertreter daselbst, Geheimer Legationsrath v. **Brauer**, der deutsche Generalconsul in Egypten, demnächst auf seinen Posten nach Kairo zurückzukehren. Das Befinden des Fürsten soll in letzter Zeit im Ganzen recht leidlich gewesen sein.

* In den richterlichen und Anwaltskreisen von **Berlin** macht großes und berechtigtes Aufsehen der **Ausfall der Wahl des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer des Kammergerichts** am vorigen Sonnabend. Bei der diesjährigen Wahl schieden im Ganzen acht Vorstandsmitglieder aus und ein neuntes Mitglied war an Stelle des verstorbenen Justizraths Leonhardt zu wählen. Unter den Ausscheidenden befanden sich der Vorsitzende der Anwaltskammer, Geheimer Justizrath Laué, der seit über 25 Jahren dem Ehrenrath der Anwälte angehört und fast seit der Errichtung der Anwaltskammer ihr hochangesehener Vorsitzender war, der zu jeder Zeit mit vollem Nachdruck für die Ehre des Anwaltstandes eingetreten ist und insbesondere mit gerechter Strenge jederzeit darauf geachtet hat, daß Elemente, die dem Anwaltstande nicht zur Ehre gereichen und die bei der Freiheit der Advocatur den Gefahren der Weltstadt und dem großen Zudrange nach der Reichshauptstadt besonders verhängnißvoll werden können, aus der Anwaltschaft entfernt wurden. Mit ihm schieden u. a. aus Justizrath Wilke, der wie Laué unstreitig seit vielen Jahren zu den ersten Zierden des deutschen Anwaltstandes gehört, ferner Justizrath Wolff, der Schwiegersohn des Reichsgerichtspräsidenten v. Simson, und Justizrath Krebs, Beide allseitig hochgeachtete Anwälte. Das völlig unvorhergesehene Ergebniß war nun am vorigen Sonnabend, daß diese vier hochverdienten Herren nicht wiedergewählt wurden, sondern daß an ihrer Stelle die Rechtsanwälte Munckel, der bekannte fortschrittliche Wähler, Stern und Max Jacobsohn gewählt wurden. An Stelle des Justizraths Wolff wurde der Sohn des Reichsgerichtspräsidenten Justizrath v. Simson gewählt.

* Die **„Breslauer Zeitung"** und nach ihr die **„National-Zeitung"** bringen folgende Nachricht vom 22. d. Mts.:

„In der Sitzung der Budgetcommission, welche der heutigen Reichstagssitzung voranging, wurde der **Kriegsminister** für einige Minuten abgerufen, um mit einem Herrn zu conferiren, der draußen auf dem Corridor wartete. Dieser Herr war der **Graf Waldersee**. Die Vermuthung liegt sehr nahe, daß die Unterredung der beiden Generale sich genau auf denselben Punct bezogen hat, der den ersten Gegenstand der Plenardebatte bildete. Eugen Richter brachte die sogenannten Waldersee-Artikel zur Sprache. . . . ."

Dazu bemerkt die „Post":

Wir sind berechtigt, darauf hinzuweisen, daß die obige Behauptung, Graf Waldersee habe am letzten Freitage mit dem Kriegsminister während der Sitzung der Budgetcommission conferirt, unzutreffend ist. Der Chef des Generalstabes der Armee befand sich vom vorigen Donnerstag Abend bis Sonnabend Abend im Gefolge Sr. Majestät des Kaisers in Letzlingen zur Hofjagd. Wer übrigens den Hofbericht über jene Zeit las, konnte dies sich selbst sagen und durfte dann jene unrichtige Nachricht der „Breslauer Zeitung" nicht nachdrucken!

* Aus **Altenburg** wird uns geschrieben:

Der Eröffnung des jetzt einberufenen Landtages ging eine gottesdienstliche Feier im herzoglichen Residenzschlosse voraus. Mit Ausnahme der zwei Socialdemokraten nahmen alle Abgeordneten an dem Gottesdienste Theil. Se. Hoheit der Herzog, die Prinzen Moritz und Ernst, sowie die Hof- und Regierungsbeamten waren in Galauniform erschienen. Nach der Feier wurden die Abgeordneten Sr. Hoheit dem Herzoge vorgestellt. Die förmliche Eröffnung des Landtages geschah durch den Staatsminister von Leipziger, welcher das Propositionsdecret des Herzogs zur Verlesung brachte. Als Vicepräsident wurde Herr Oberbürgermeister Oßwald-Altenburg und als dessen Stellvertreter Herr Geh. Regierungsrath Lonnitz-Weißenberg-Roda gewählt. Zu Landschaftsprotokollanten wurden die Rechtsanwälte Gebser und Hase ernannt. Nach Wahlen der Commissionen haben die einzelnen Commissionen sofort ihre Thätigkeit begonnen. Da bereits eine große Zahl von Aktenstücken, Gesammtministerial- und höchsten Erlassen eingegangen ist, so wird es auch dem diesmaligen Landtage an Arbeit nicht fehlen, zumal auch der Haushaltungsplan auf die Finanzperiode 1890/92 zu berathen ist. Dem Eröffnungsdecret nach zu urtheilen dürfte die Staatsregierung auf dem Gebiete des Volksschulwesens dem Vorgange Preußens folgen und durch staatliche Zuschüsse an die Gemeinden die Beseitigung des Schulgeldes anstreben.

* Aus **Gera** wird uns geschrieben:

Infolge der von Jahr zu Jahr wachsenden Bevölkerungszahl der Stadt Gera und des Bezirks des fürstlichen Landgerichts Gera überhaupt sind die Räumlichkeiten für die Justizbehörden, welche in genannter Stadt ihren Sitz haben, und für das Gefangenenhaus zu eng geworden. Im Laufe der Zeit haben sich verschiedene Mißstände herausgestellt, welche nur durch den **Neubau eines Justizgebäudes** für das Landgericht, in dem sich zugleich die nöthigen Räume für das Schwurgericht und für das Amtsgericht befinden, gehoben werden können. Ein Erweiterungsbau würde, wenn dadurch vollständige Abhilfe aller Mängel geschaffen werden sollte, mit einem so gründlichen Umbau des jetzigen Hauses verbunden sein, daß die Kosten schwerlich hinter denen eines Neubaues zurückbleiben dürften. Ueberdies würde doch kein einheitliches Bauwerk entstehen, welches den Bedürfnissen für die Zukunft entspräche, und während der Bauzeit würden selbst mit großen Kosten doch nur unzureichende Räume für die Justizbehörden beschafft werden können, so daß die Rechtspflege lange Zeit darunter leiden müßte. Das jetzige Justizgebäude hat für den Staatsfiscus wegen seiner Lage und Größe einen bedeutenden Werth. Ob man dasselbe seinerzeit einmal vermiethen oder verkaufen oder für andere Zwecke verwenden soll, braucht jetzt noch nicht erwogen zu werden. Es handelt sich zunächst darum, einen geeigneten Platz für ein neues Justizgebäude zu suchen und käuflich zu erwerben. Das fürstliche Ministerium richtet nach dieser Begründung an den Landtag den Antrag, eine Summe bis zu 150 000 ℳ zum Ankaufe eines Grundstückes, welches für den Neubau eines Justizgebäudes geeignet ist, aus Staatsmitteln verwenden zu dürfen.

* In dieser Woche geht mit Rücksicht auf den in der nächsten Woche erfolgenden Zusammentritt des Reichsraths die Session der **österreichischen Landtage** zu Ende, nur der böhmische Landtag wird sich jetzt bis Anfang Januar vertagen. Für die 68 deutschen Abgeordneten, welche im böhmischen Landtage ihrer Mandate verlustig erklärt wurden, wurden die Neuwahlen bereits ausgeschrieben, und zwar zum 31. December 1889 für die Landgemeinden, zum 2. Januar 1890 für die Städte und Industrie-Orte und zum 4. Januar für die Handelskammern. Die deutschen Wähler werden auch diesmal sicherlich ihre Schuldigkeit thun.

* In **Prager altczechischen Abgeordnetenkreisen** herrscht in Folge der Reden des Canonicus Borovy, des Propstes Lenz, des Professors Tomek und des Prinzen Karl Schwarzenberg bei der **Huß-Debatte** (siehe „Aus Böhmen") eine ungeheure Bestürzung. Der Name des Magisters Huß wird selbst in ausgesprochen altczechischen Gemeinden heilig gehalten, und die Verunglimpfung seines Andenkens seitens der erwähnten Redner wird in allen czechischen Wahlorten sehr peinlich empfunden werden. Die Jungczechen versprechen sich für ihre Zwecke von dieser Debatte noch mehr Erfolg als von der Akreß-Debatte. Besonders unangenehm berührte auf den Altczechenbänken die Rede des Prinzen Schwarzenberg, dessen Worte „Bande von Räubern und Mordbrennern" zur Charakterisirung der Hussiten als unüberlegt bezeichnet werden. Die jungczechisch angehauchten Mitglieder des Altczechen-Clubs, Pippich und Dr. Zeman, werden noch vor Neujahr Wählerversammlungen einberufen, in denen sie darauf hinweisen werden, daß ein Zusammengehen mit den Altczechen bei Hervorkehrung eines so eminent klerikalen Standpunctes seitens der Großgrundbesitzer unmöglich sei. Beide Abgeordnete werden von ihren Wählern verlangen, sie von den vor den Wahlen von ihnen abgegebenen Worte, dem Altczechen-Club aus Rücksicht für die Einigkeit im czechischen Volke beizutreten, zu entbinden.

* Dem „New York Herald" wird aus **Rom** gemeldet, König Humbert habe auf Grund einer ärztlichen Untersuchung angeordnet, daß der **Kronprinz Victor Emanuel** für einige Zeit seine wissenschaftlichen Studien aufgeben und dafür gymnastische Uebungen treiben soll. Die körperliche Entwickelung des Thronfolgers hat, wie es heißt, mit der geistigen nicht gleichen Schritt gehalten, doch soll zu irgend welchen Besorgnissen kein Grund vorliegen. Der Prinz ist am 11. November 20 Jahre alt geworden.

* Das **Ministerium Salisbury** hat mit seiner Führung der englischen Staatsangelegenheiten bis jetzt im Allgemeinen ebensoviel Glück als Erfolg gehabt. Es hat die ihm anvertrauten Interessen der Nation gegen alle Beeinträchtigungsversuche, mochten sie nun von Innen oder von Außen kommen, gewandt zu vertheidigen gewußt und darf mit gutem Fug behaupten, daß es der öffentlichen Meinung wohl in vielen Fällen eine eclatante Genugthuung, in keinem aber eine directe Enttäuschung bereitet hat. In Irland? Die Opposition bestreitet letzteres mit größter Entschiedenheit und weist dabei triumphirend auf das irische Problem hin, welches jetzt noch ebenso unnahbar dastehe, als zu der Zeit, da Lord Salisbury das Staatsruder in die Hände nahm. Sie vergißt dabei nur das Eine, daß das irische Problem ihr selber über den Kopf gewachsen war, als Mr. Gladstone die Premierschaft inne hatte, und daß wohl Niemand im Ernste denken konnte, die Conservativen brauchten nur zu kommen und zu sehen, um auch alsbald siegen zu müssen. Herr Gladstone bewies während seiner letzten Amtsführung eine so wenig glückliche Hand, daß der conservative Umschwung des Landes sich gewissermaßen als ein Act der Selbsterhaltungspflicht herausstellte; auch seine irische Politik war stets größer im Versprechen als im Halten gewesen, und wenn nicht das enge Bündniß der Gladstoneaner mit den Parnelliten letzteren aus parteitactischen Rücksichten einen gewissen Zwang auferlegte, so würden die Leistungen der irischen Politik des „grand old man" kaum so glimpflich wegkommen, als es jetzt der Fall ist, wo Gladstoneaner und Parnelliten vereint über die „irische Tyrannei" der conservativen Regierung herfallen und dabei noch den Vortheil haben, daß die relative Unfruchtbarkeit der repressiven irischen Action des Cabinets in dem Verhältniß bemerkbarer hervortritt, als Lord Salisbury in aller sonstigen Hinsicht mit den Erfolgen seiner Staatsverwaltung ganz wohl zufrieden sein darf. — Gerade in allerletzter Zeit ist ein **Proceß** zu Ende gediehen, der bei seiner Eröffnung als eine cause célèbre ersten Ranges sich darzustellen schien, die Klage der **„Times"** gegen **Parnell** und Genossen. Sein eigentliches Interesse hatte dieser Proceß seit dem Tage verloren, wo dem Führer des irischen Homerule der Nachweis gelang, daß die auf seine Urheberschaft zurückgeführten Briefe, in welchen die Billigung der Phönixpark-Morde ausgesprochen war, das Werk des bekannten Fälschers Pigott seien. Damit war der Anklage ihr eigentlicher Boden entzogen; was nun noch folgte, konnte nur noch auf Deckung des Rückzuges der „Times" berechnet sein und wurde denn auch in weiteren Kreisen wenig mehr beachtet. Wenn es sich bestätigt, daß Mr. Parnell jetzt den Spieß umdrehen und seine Verleumder vor Gericht ziehen will, so würde er seinerseits in denselben Fehler verfallen, der seine bisherigen Widersacher um die Gunst der öffentlichen Meinung brachte. Denn wenn ihm in dem bezeichneten Falle auch Unrecht geschehen sein mag, so wird Herr Parnell doch so leicht keinen urtheilsfähigen Engländer davon überzeugen, daß seine irische Agitation eine harmlose und für die Zukunft des britischen Reichsverbandes unbedenkliche sei. Parnell ist und bleibt als irischer Agitator eine permanente Bedrohung der jetzt zwischen England und Irland bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse, und für die noch ausstehende irische Reformpolitik des Cabinets könnte ein von Parnell angestrengter Tendenzproceß als Relief nur willkommen sein.

SLUB
Wir führen Wissen.